



Die Beschlussfassung über den Haushalt ist die vornehmste Aufgabe des Rates. Mit Beschluss des Haushalts werden für den Bürgermeister die Möglichkeiten und Grenzen seiner Gestaltungsfreiheit festgelegt. Diese grundlegende Bedeutung des Haushalts gebietet es nach Auffassung der UWG-Fraktion, dass rechtzeitig vor der Vorlage des Haushaltsentwurfs eine Abstimmung zwischen den Fraktionen und der Verwaltung über grundsätzliche Aspekte des kommenden Haushalts stattfindet.

Leider hat die Rheinbacher Verwaltungsspitze keinerlei Initiativen ergriffen, Verwaltung und Fraktionen an einen Tisch zu bringen und gemeinsam in strukturierter Form die Haushaltskonsolidierung voranzubringen, ein wie wir finden unverantwortliches Verhalten des Rheinbacher Bürgermeisters, dessen Hauptaufgabe dies unserer Ansicht nach sein sollte.

Die noch im letzten Jahr von allen Fraktionen einmütig versprochene Überprüfung aller Ausgaben gemeinsam mit der Verwaltung ist nun im Jahr der Landtagswahl und Bundestagswahl für alle etablierten Parteien ein Schuh, der in diesen Zeiten einfach nicht passt. Eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik sowohl der FDP / CDU Mehrheitskoalition als auch der Oppositionsparteien von Grünen und SPD rückt deshalb 2017 offensichtlich in die hinteren Ränge zurück.

Mit Verabschiedung des Haushaltes für 2017 werden den Rheinbacher Bürgern fast 130 Millionen Euro Schulden zum Jahresende aufgeladen. Wiederum gehen Verwaltung und die CDU/FDP Mehrheitsfraktionen mit dem Haushaltsentwurf den Weg, ausschließlich mit Steuererhöhungen und neuer Schuldenaufnahme das Defizit von rund 8. Mio. EUR auszugleichen.

Der Haushaltsentwurf sieht vor, die Grundsteuer B in 2018 um weitere 22 Punkte, über die bereits beschlossene Erhöhung hinaus, auf dann 585 Punkte anzuheben. Innerhalb von zwei Jahren zahlt damit jeder Besitzer eines Reihenhauses mit 150 qm etwa 66 Euro mehr, für eine 3-Zimmerwohnung sind etwa 47 Euro mehr zu entrichten. Diese Mehrbelastungen sind heute noch überschaubar. Da sich diese Steuererhöhungen aber jährlich fortsetzen werden, wird die Belastung bis 2021 um 45 Prozent gegenüber 2016 steigen. Weil in den letzten Jahren jährlich zusätzliche Erhöhungen „oben drauf“ gesammelt wurden, ist aber von deutlich höheren Steigerungen als 45 % auszugehen, eine alarmierende Aussicht für alle Rheinbacher Bürger.

Rheinbach steht auch in den kommenden Jahren vor enormen finanziellen Herausforderungen. Zahlreiche Investitionen, vor allen in Schulgebäude sind notwendig. Nur so können wir sicherstellen, dass in der Gesamtschule und in einigen Grundschulen genügend Raum zur Beschulung der Rheinbacher Kinder verfügbar ist. Die UWG steht natürlich hinter diesen für die Schulstadt Rheinbach wichtigen Projekten.

Fraktionsvorsitzender:

Dieter Huth
Geranienweg 2
53359 Rheinbach
Tel. 02226 7166

E-Mail: Dieter.Huth@UWG-Rheinbach.de

Fraktionsgeschäftsführer:

Dr. Reinhard H. Ganten
Zur Tomburg 33
53359 Rheinbach-Todenfeld
Tel.: 02226 7180

E-Mail: rhganten@gmx.de

Die Unterbringungskosten von Flüchtlingen werden vom Land nicht komplett übernommen. Eine schon jetzt vorhandene, zukünftig aber noch stärker zu Buche schlagende Problematik kommt nun hinzu: Für durch ein Asylverfahren festgestellte nicht anerkannte Flüchtlinge erhalten die Kommunen derzeit keinen Euro. Da die Zahl der nicht anerkannten Flüchtlinge voraussichtlich noch stark steigen wird, werden die Kommunen zusätzlich stark belastet.

In Rheinbach muss deshalb nun endlich der Wille zum Kehren vor der eigenen Haustüre geboren werden. Es gibt mehr als genügend Ansatzpunkte.

Die Personalkosten erreichen 2017 mit 13,6 Millionen Euro einen neuen Höchststand. Ursächlich sind aber nicht weitere Personalverstärkungen im Flüchtlingsbereich wie im letzten von der UWG mitgetragenen Haushaltsjahr, sondern acht neue Stellen in der sonstigen Verwaltung. Statt Personaleinsparung durch Zusammenlegung von Aufgaben, Verschiebung von Personal u. a. zu erzielen, geht man den bequemen Verwaltungsweg, zusätzliche Posten einzurichten.

Für freiwillige Leistungen zahlt die Stadt in 2017 wiederum fast 1 Million Euro. Haushaltskonsolidierung heißt aber besonders auch Sparen. Das betrifft sowohl freiwillige Leistungen, als auch pflichtige Aufgaben, bei denen Standards zu reduzieren wären.

Die Auflage der Bezirksregierung bei Genehmigung des im Jahr 2013 von der Verwaltung erstellten Haushaltssicherungskonzeptes lautete:

„Bei allen freiwilligen Leistungen, die die Stadt erbringt, hat sie im Einzelnen zu prüfen, ob sie aufgegeben werden können bzw. eine Reduzierung des Aufwandes möglich ist...“
Diese Überprüfung erfolgte zuletzt im Jahre 2011.

Die UWG hat mehrfach Vorschläge zur Kosteneinsparung eingebracht, von denen fast alle abgelehnt wurden, weil den Mehrheitsfraktionen und auch Teilen der Opposition der Wille zum Sparen fehlt. Ich möchte daran erinnern, dass alle anderen Fraktionen des Rates unseren Antrag, den Schülerspezialverkehr zu ändern abgelehnt haben. Trotz eines Einsparpotentials von bis zu 100.000 EUR pro Jahr und erfolgreicher Umsetzung in unseren Nachbarkommunen wurde eine detaillierte Untersuchung erst gar nicht angestellt.

Dem Herrn Bürgermeister möchte ich noch sagen, dass wir den Freizeitpark nicht verkaufen wollen. Wären aber die Fraktionen unserem Antrag gefolgt, das große städtische Grundstück am Stifterweg zu veräußern und hier über eine Änderung des Flächennutzungsplanes Bauland zu erschließen, hätten wir drei Jahre keine Steuererhöhungen gebraucht.

Die UWG ist dagegen, unsere Bürger immer wieder mit noch stärkeren Steuererhöhungen zu belasten.

Aus diesen und aus den dargelegten grundsätzlichen Erwägungen trägt die UWG Rheinbach den Haushalt 2017 nicht mit. Hoffentlich können wir dann im Herbst nach den diesjährigen Wahlen in eine ernstgemeinte Haushaltskonsolidierung einsteigen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.